

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetfche'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 63.

Halle, Mittwoch, 16. März 1887.

179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 15. März Vormittags.)

Interionsgebühren für die fünfjährige Zeit oder deren Raum ...

Reclamen am Schluss der redactionellen Zeit ...

Abonnements-Preis pro Quartal ... Die Hallische Zeitung erscheint wöchentlich ...

Zur Dritten Ausgabe gehören als Beilagen der Roman von Reinhold Ortman ...

Zur gefälligen Beachtung!

Abonnements für das nächste Quartal (1. April bis 30. Juni) auf die

Hallische Zeitung

werden schon jetzt von der Post entgegengenommen. Jedem Abonnenten, der jetzt eine Abonnementsrechnung für das nächste Quartal an die unterzeichnete Expedition einreicht, stellen wir die Hallische Zeitung gratis und franco sofort noch bis zum 1. April zu.

Die Hallische Zeitung ist in Anbetracht ihrer Reichhaltigkeit die billigste Zeitung Deutschlands! Man bekommt mit ihr fünf Gratisbeilagen geliefert: Militär-Sonntagsblatt, Landwirthschaftliche Mittheilungen, Romanbeilage, Lotterielisten und Parlamentsbeilage, (Stenogr. Berichte der Reichstags-Verhandlungen).

Bestellungen werden zum Preise von 3 Mark für Halle bei der Expedition gr. Märkerstraße 11 und den bekannten Ausgabestellen, für Auswärts bei sämtlichen Kaiserl. Postanstalten und von den Landbriefträgern entgegengenommen. Probe-Nummern stehen gratis und franco auf Verlangen zu Diensten.

Die Expedition der Hallischen Zeitung.

Halle, den 15. März.

Die Parteien der Reichstagsminderheit,

so schreibt die Nationalliberale Correspondenz, freuen sich, wenn sie irgendwo ein Anzeichen zu entdecken glauben, daß die neue aus den „Cartel-Parteien“ bestehende Reichstagsmehrheit innerlich uneinig sei. Das ist ein recht thörichtes Vergnügen. Wer hat denn je behauptet, daß die sog. Rechte von Herrn von Bennigsen bis zu Herrn von Hammerstein in allen Fragen der inneren Politik einig sei? Dagegen wird sich der erstere ebenso energig verhalten wie der letztere. Wer hat denn je auch nur den Versuch gemacht, ein gemeinsames Programm in allen Fragen der inneren Politik für die ganze Majorität zu entwerfen? Wenn sich die conservativen Parteien und die Nationalliberalen über ein gemeinsames Vorgehen bei einmüthiger Gelegenheit von Wahlen, die unter ganz besonders Umständen stattfanden, verständigt haben, so haben sie damit die vielfachen zwischen ihnen bestehenden Unterthiede und Gegenfälle nicht im mindesten verkannt oder zu verschleiern gesucht. Das Wahlcartell hat gute Verchtigung und großen Erfolg gehabt, an das Aufgehen irgend eines grundsätzlichen Standpunktes aber hat dabei niemand gedacht. Aber bei aller offenen Einräumung vielfacher prinzipieller Gegenfälle hat doch die neue Reichstagsmehrheit auch gemeinsame Ziele von der höchsten Wichtigkeit. Im Vordergrund steht das Zusammenhalten in allen nationalen Fragen, wie es schon in der Annahme der Militärvorlage zum erhebenden Ausdruck gekommen ist und ohne Zweifel noch häufig genug in den entscheidenden Fragen der äußeren und inneren Politik des Reiches zum Ausdruck kommen wird. Man warde doch gefälligst die Leistungen des neuen Reichstags auf dem Gebiete der Steuerpolitik, der Socialreform u. s. w. ab und rege sich nicht unnüthig auf, wenn in irgend eine gleichgiltigen tathlich-parlamentarischen Frage Welt Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ueber was in aller Welt ist war denn die frühere Reichstagsmajorität Windhorst-Wildner-Grillenberger einig? Ueber gar nichts, als über das Streben, jedem Fortschritt der Reichspolitik Steine in den Weg zu legen und dem Lebensbedürfnissen eines aufstrebenden Reiches und einer großen Nation die Mittel zur Verwirklichung zu verweigern. Ganz besonders lächerlich ist es, wenn heututage ein Mitglied des Centrums, wie Herr von Hine, sich hernehmen sührt, Symptomen der Zwietracht nicht etwa innerhalb anderer Parteien, sondern sogar zwischen einer Mehrheitscombination sehr verschiedener gartener Parteien nachzuforschen. Die Herren vom Centrum hätten doch gewiß ein näherliegendes und für sie weit interessanteres Feld für solche Beobachtungen.

Attentat auf den Zaren.

In Betreff des Mordversuchs auf den Zaren, worüber dem „Standard“, einem wegen seiner häufig unbegründeten Nachrichten bekannten Blatt, depictirt worden sein soll, liegen folgende Nachrichten vor: Der „Standard“ veröffentlicht ein Telegramm, nach welchem ein erfolgloser Mordversuch auf den Kaiser von Rußland gemacht worden sei. Der „Standard“ giebt an, daß ihm das Telegramm in Ciffren zugegangen sei. Ob dieselben ein wirklicher Vorgang zu Grunde liegt, läßt sich zunächst nicht feststellen. An anderen Stellen liegen keine Mittheilungen vor. Das Dementi dieser Nachrichten haben wir schon gestern telegraphisch gebracht. Auch aus London wird gemeldet: Die hiesige russische Postzeitung erklärt die Nachricht des „Standard“ von einem angeblichen Attentat auf den Kaiser Alexander für völlig unbegründet.

Nach einer Depesche des Wolff'schen Bureaus ist die ganze kaiserliche Familie, wie schon längst angekündigt, am 13. nach Satchina übergeleitet.

So weit hatten wir geschrieben, als folgende Londoner Depesche eintraf: London, 14. März. Im Unterhaus erklärte Ferguson, die Regierung habe mit tiefem Bedauern erfahren, daß in Petersburg einige Personen mit Sprengstoff verhaftet wurden, auf einer Straße, welche der Kaiser einschlagen konnte, um sich zum Trauergottesdienst am Todestage Alexanders II. zu begeben. Die Regierung spreche ihre Freude aus, daß ein Angriff auf den Kaiser nicht erfolgt sei.

Im W. L. seien wir noch, das Blatt erfahre auf indirektem Wege, daß in der That ein Sprengbombenattentat gegen das russische Kaiserpaar geplant war. Dasselbe sollte vorgestern ausgeführt werden, und zwar während das Kaiserpaar vom Anitschikoff-Palais aus dem Newski-Prospekt zu Wagen fortfuhr. Der Thäter ist ergriffen und nach der Peter-Pauls-Feste gebracht.

Verschiedene Blätter ergehen sich in fröhlichen Schläfen aus der von ihnen noch bewiesenen, durch die Londoner Depesche jedoch bewahrheiteten Nachricht. Dergleichen Schläfe sind müßig.

Politische Mittheilungen.

Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die Novelle zum Marinegesetz ohne Debatte an und letzte noch die zweite Einberufung fort. Beim Marinetaat sprach Abg. Richter seine Bedenken über die fortbauenden Arbeiterentlassungen auf den Marinierwerken aus. Der Chef der Abtheilung, von Capriv, erwiderte, die Arbeiterentlassungen seien unvermeidlich, wenn es an genügender Arbeit fehle; dagegen sei die Verwaltung machlos. Die Arbeitslosigkeit, sagte ich auch in anderen Ländern, könne nicht durch die früheren Dauerhaftigkeit der eisernen Schiffe gegenüber den hölzernen zusammen. Beim Justizrat erkundigte ich Abg. von Mirbach nach einer Vorlage zur Regelung der Zweifels- der Genossenschaftlichen Staatssecretär von Seeling antwortete, die veränderten Bestimmungen hätten noch keine Beschlässe über die Fortbildung des Genossenschaftswesens gefaßt. Die Abga. von Duol und Difens wünschten eine Erweiterung des Barantwählens zur Förderung des Baurechtswesens und Baurechtswissenschaftler. Staatssecretär von Seeling erklärte, daß die Abg. in dieser Richtung in baldige Aussicht, da die eingeforderten Gutachten das Bedürfnis anerkannten. Beim Etat des Reichshaushalts entnahm ich eine lange Währungsdebatte. Abg. von Richter sprach sich über die Währungsfrage aus, rechnete die Verluste aus, welche das Reich durch diese Maßregel erlitten, und erörterte die Bedeutung der Währungsfrage. Die Rehabilitation des Silbers, die Verteilung der Doppelwährung sei eine unethische Vollkommenheit für die deutsche Währungsfrage. In einer weiteren Bemerkung der Rede erwähnte die Regierung durch die Silberverfälschung die bisherige abwartende Haltung in der Währungsfrage verändert habe, und legte die Gesichtspunkte dar, von denen die Regierung bei jeder Maßregel ausgegangen. In einer weiteren Bemerkung der Rede erwähnte die Regierung, daß der Vorkreditor verlangt, sei ein Bedürfnis nicht hervorgetreten. An der weiteren Debatte, die sehr in die Länge ging, aber kaum einen neuen Gesichtspunkt zu Tage förderte, beteiligten sich im Sinne der Wiederholung der Goldwährung die Abg. von Hammerstein, von Hine und im nächsten Sitzung die Abg. von Karstorf. Abg. Difens wünschte eine Vernehmung der Behauptung. Beim Votum befürwortete der „Antisemit“ Bödel eine Verbesserung der Verbindungen der unteren Volksbeamteten sowie größere Sentimentalität und erklärte die unrichtigen Telegrammfehler für eine Entschuldigung von sehr zweifelhaftem Werth. Die Fortsetzung der Beratung wurde auf morgen vertagt.

Der Kaiser, welcher vorgestern eine längere Konferenz mit dem Staatssecretär im auswärtigen Amt, Grafen Herbert v. Bismarck, gehabt hatte, nahm gestern mehrere Vorträge entgegen und fuhr Nachmittags im Thiergarten spazieren.

An seinen Geburtstag wird der Kaiser auf dringendes Anrathen der Ärzte den Empfang auf die Mitglieder der königlichen Familie und die fremden fürstlichen Gäste beschränken.

In der Audienz, welche Herr v. Lessps beim Kaiser hatte, befandete der Monarch das größte Interesse für den Stand des Panamafanal-Unternehmens und betonte zum Schluß, wie er diesem großartigen Werke, wie allen Arbeiten des Friedens, glücklichen Gelingen wünsche, und wie er hoffe, daß dasselbe in eine Vera langen friedlichen Lebens fallen werde.

Bekanntlich hat der Staatssecretär von Voettiger, die Vorlegung des Gelegetwurfs über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter für die nächste Session des Reichstags in Aussicht gestellt. Diese Mittheilung bestätigt, daß die verbündeten Regierungen eine fruchtbarere Mitwirkung des neu zusammengeführten Reichstages auch auf anderen Gebieten als dem des Meerwesens erwarten. Gerade dieser Umstand aber berührt auf der entgegengelegten Seite offenbar unangenehm. Wenigstens läßt sich allein dieser Schluß aus den in der oppositionellen Presse hervor tretenden Zweifeln über die Ausführbarkeit von Herrn v. Voettiger gegebenen Zusage ziehen. Denn diese Zweifel entstehen, soweit der Stand der Vorarbeiten in Frage kommt, jeder Ergänzung. Die Vorarbeiten sind nicht, wie Herr v. B. H. foweit zum Abschluß gebracht, daß bereits die allgemeinen Grundzüge des Gesetzentwurfs in Bearbeitung begriffen sind. Wer mit dem Gange legislativischer Arbeiten einigermaßen vertraut ist, wird aus diesen Mittheilungen den Schluß ziehen müssen, daß die Vorlegung jener Gesetzentwürfe in der nächsten Session danach nicht nur möglich, sondern,

wenn nicht besondere Zwischenfälle hindernd eintreten, geradezu gesichert ist.

Aus Berlin, 14. März. Schreibt uns unser Correspondent: „Es wird weitere Kreise interessieren zu hören, daß der Kaiser am 22. März von nicht weniger als sechshundert Mitgliedern souveräner Häuser umgeben sein wird. Einzig, wie der Herr, dem dieses Recht ertheilt, einzig wie dieser feierliche Tag besteht in der Geschichte aller Zeiten und Völker, so einzig die Zahl der Höchstgestellten dieser Erde, die aus Nord und Süd, aus West und Ost kommen, um dem Kaiser zum neunzigsten Geburtstag zu hulden. Es ist eine fürstliche Veranlassung, wie sie wohl auf lange Jahre hinaus sich nicht wieder zusammenfinden wird. Die Gesamtheit der einheimischen und fremden Gefolge dürfte etwa dreihundertfünfzig betragen.“

Ueber die Gründe der Verleihung des Weissen Adlerordens an den Grafen Herbert v. Bismarck werden allerlei Combinationen aufgestellt. Einmal wird behauptet, die Verleihung des Weissen Adlerordens an Graf Bismarck ist am Geburtstag des Zaren erfolgt. Die Verleihung ist gewiß ein Zeichen persönlichen Wohlwollens des Kaisers von Rußland für den Grafen Bismarck, alle sonstigen nach dem gewöhnlichen Schicksal der Verleihung entgegen.“

Die Verabreichung der Budgetmission des Reichstags überwiegenen Kapitel des Marinetaats wurde gestern eingeleitet durch eine Generaldebatte an der Hand der dem Etat über die Ausgaben und den Verordnungen Ball betonen. Die Verabreichung des Weissen Adlerordens an Graf Bismarck ist am Geburtstag des Zaren erfolgt. Die Verleihung ist gewiß ein Zeichen persönlichen Wohlwollens des Kaisers von Rußland für den Grafen Bismarck, alle sonstigen nach dem gewöhnlichen Schicksal der Verleihung entgegen.“

Das Ereignis der Wahlen für den Deutschen Reichstag am 18. März 1887 betrifft die nationalpolitische Bearbeitung, welche Ludwig Loebau in der Vorlage der Vorberathung von Deudert u. Kadeff in Berlin, 36. März 1887, ertheilt hat (Preis 1.60 M.). Eine überführte Darstellung der Ereignisse der bisher stattgefundenen Wahlen, grobher nach Land, Reich und Welt, ist ein Material, ist noch nicht dagewesen. In sieben Reichstagen erscheint in den Farben der Reichstagsorganisation die politische Richtung der Gewählten, wie auch zugleich die Namen der Vorkandidaten für die betragene Wählerkreise. Die Wählerkreise einer Seite vereinigt — nämlich ein buntes, wechselvolles und doch überflüssiges Bild, das Ringen der Parteien. Nur einige Wahlkreise blieben sich an allen Zeiten in politischer Richtung treu: meist weichen bald konservativ, bald national-liberal, bald deutsch-freiwirtschaftlich, bald schwarz. Die Wählerkreise dieser Partei bilden das weitaus Interessanteste, was jemals über die Wahlereignisse veröffentlicht wurde. Das setzt nicht weniger das letzte Blatt, eine graphische Darstellung der Stärke der einzelnen Parteien in der Reichstagswahl. Die Wählerkreise werden von einer Geographischen Karte an der Hand, an der eine Karte, an der eine Darstellung überflüssig, wie einfach zugleich. Klarer kann einer politischen Partei, sie möge sein welche sie wolle, nicht mehr klagen gehalten werden, welchen Wählerkreisen sie unterworfen werden. Die Wählerkreise der Wähler aller Parteien von hohen Interesse. Diejenigen Kandidaten einzelner Parteien, die dem Centrum und der deutsch-freiwirtschaftlichen Partei, welche dem Centrum antworten, sind den Wählerkreisen auch gemindert.

Das Nahrungsmittelgesetz giebt den Polizeibehörden die Befugnis, von freigelegten Nahrungs- und Genussmitteln u. s. w. Proben zu entnehmen und unterzuchen zu lassen. Bezüglich der Ertragung der durch solche Untersuchungen ermachenden Kosten ist die betragene Wählerkreise im Entwurf nicht aufgetroffen; die Annahmen, daß dieselben in Fällen eines durch die Ergebnisse der politischen Untersuchung veranlaßten strafgerichtlichen Verfahrens den in § 47 der Strafprozeßordnung vorgesehenen, durch die Vorbereitung der öffentlichen Klage entstehenden Kosten betzuhalten und mit den gerichtlichen Kosten in Rechnung zu stellen oder daß sie im Wege des administrativen Finanzverfahrens einzunehmen seien, haben sich als nicht gesetzlich berechtigt erwiesen. Da nun ein erhebliches Eingreifen der Polizeibehörden gegen Nahrungsmittelverfälschungen, wenn die Ortspolizeibehörden meist auf Rechnung der Gemeinden von den Gemeinbehörden zu führen ist, nicht selten durch die Ermögung beheimet werden kann, daß die verhältnismäßig bescheidenen Kosten der nachverfolgenden Untersuchung eine erhebliche Belastung der Gemeinde unpolvühren, und die Behörden sich veranlaßt sehen werden, ihr Vorgehen auf eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu beschränken, so ist lebend des Herrn Reichsanwalters im Bundesrat beantragt worden, dem § 2 des Nahrungsmittelgesetzes den Zusatz zu geben, daß die in Folge polizeilicher Untersuchung von Gegenständen der in § 2 bezeichneten Art — das sind Nahrungs- und Genussmittel, Gebäck, Fein- und Kochgeschirre, Petroleum — erzuachlenen Kosten dem Verlangen der Gemeinden, wenn auf Grund der Resultate die Untersuchung eine strafrechtliche Verurteilung auf Grund der §§ 10 bis 14 des Gesetzes eintritt. Diese Kosten würden zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festzusetzen und einzunehmen sein.

Bei dem parlamentarischen Diner am Freitag hatte Fürst Bismarck der „Rdn. Z.“ zufolge, in der Unterhaltung im engeren Kreise sich mit ganz besonderem Zutrauen über Papst Leo XIII. ausgeprochen.

Wie man nunmehr bekannt, wird im Austrage des Sultans dessen General-Adjutant Marschall Ali Wajidi Balcha in Begleitung des General-Adjutants v. d. Berg und des Privat-Secretärs des Sultans Schahin Bey, behufs Ueberreichung eines Glückwunschschreibens zum Geburtstag des Kaisers aus Konstantinopel nach Berlin kommen und voraussichtlich am 17. d. Mts. in Berlin eintreffen.









